



Informationen des Stadtverbandes 9/2013

„... und sie sagten kein Wort“

So titelte die Nordsee-Zeitung einen Bericht über eine der vergangenen Sitzungen des Ausschusses für Schule und Kultur.

„ ... und sie sagten kein Wort“, Teil 2

fand am 16. September 2013 erneut im Schulausschuss statt – am gleichen Ort, in nahezu identischer Besetzung.

Das beängstigende an dieser Situation: Es ging in der Tagesordnung nicht um irgendwelche Marginalien, sondern um den Haushalt 2014/15. Die eingebrachte Vorlage hätte mehrere Ansatzpunkte geboten, über Schulentwicklung, sächliche Absicherung und Personalressourcen zu sprechen. Ein Beispiel: Im Abschnitt „Ausblick“ der Vorlage „Entwurf der Haushaltspläne 2014/2015“ wird die finanzielle Absicherung der laufenden Schulreform eingeschätzt:

„Wie bereits im vorhergehenden Doppelhaushalt ist die Situation im Schulbereich von zwei gegenläufigen Entwicklungen geprägt. Einerseits ist es aufgrund der beschlossenen Maßnahmen zur Schulentwicklung zwingend erforderlich, zusätzliche Haushaltsmittel in den Schulbereich zu investieren. Auf der anderen Seite stehen das Land Bremen und seine beiden Städte unter enormen Spardruck, um die beschlossenen Konsolidierungsvorgaben im Zusammenhang mit der „Schuldenbremse“ erfüllen zu können.

Das Festhalten an der PEP-Quote im Lehrkräftebereich sowie der Wegfall der Landeszuweisungen für den weiteren Ausbau von Ganztagschulen sind die konkreten belastenden Folgen der Konsolidierungsmaßnahmen. Gleichzeitig ist anzuerkennen, dass sich die Senatorin für Bildung und Wissenschaft in enger Abstimmung mit dem Bremerhavener Schuldezernenten intensiv um

Verbesserungen

bei der Unterrichtsversorgung bemüht und unter großen finanziellen Anstrengungen für die Jahre 14/15 eine Anhebung der Stellenzielzahl der Lehrkräfte erreicht werden konnte. Ebenso wurde vereinbart, die Vergleichbarkeit der Ausstattung und Zuweisung für beide Stadtgemeinden zu verbessern und dafür Sorge zu tragen, dass die Beschulung von Kindern in Bremen und Bremerhaven unter Anwendung gleicher Berechnungsgrundlagen stattfindet. Dennoch sind weitere Anstrengungen erforderlich, damit Schule zukünftig nicht lediglich auf die Aufrechterhaltung des unabdingbaren Unterrichtsbetriebes reduziert wird. Notwendige – letztlich unverzichtbare – Entwicklungsprozesse zu Gunsten einer guten Bildung, Förderung, Betreuung, Versorgung und Inklusion unserer Schüler und Schülerinnen müssen weiter voran getrieben und ausreichend finanziert werden. Mit Blick auf die Kinderarmutsquote von 41 % in der Stadt Bremerhaven gibt es keine Alternative zu einer deutlichen Verstärkung des Schulbereichs, um einer weiter um sich greifenden nachhaltigen Verelendung von breiten Teilen der Gesellschaft mit schwerwiegenden negativen Auswirkungen für das soziale Gefüge der Stadt wirksam entgegenzutreten.“

Auch wenn in diesem Papier „mit Kraft“ versucht wird, politische „Erfolge“ zu formulieren, so geben die genutzten Formulierungen doch einen eindeutigen Aufschluss darüber, wie von amtlicher Seite die finanzielle Absicherung des Schulbetriebes eingeschätzt wird. „Zwingend“ erforderliche „zusätzliche Haushaltsmittel“, „belastende Folgen der Konsolidierungsmaßnahmen“ und eine „weiter um sich greifende nachhaltige Verelendung“ sind Aussagen, die sich dem Leser und der Leserin einprägen.

Und darüber muss gesprochen werden, und zwar öffentlich. Die Verweigerungshaltung



Informationen des Stadtverbandes 9/2013

des zuständigen Fachausschusses fordert uns Beteiligte weiterhin heraus, für Klarheit zu sorgen.

Die Versammlung der Betriebsgruppensprecher/innen hat die aktuelle Entwicklung an den Schulen – und deren parteipolitische Behandlung – eingeschätzt und beschlossen, den

12. November 2013

zu einem stadtweiten Aktionstag zu erklären. Wir bitten darum, den Termin vorzumerken. Nähere Informationen folgen zu gegebener Zeit.

Stichwort Beamtenbesoldung: Widerspruch einlegen!

Die Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften im DGB (GEW, GdP, ver.di) haben mit der Senatorin für Finanzen eine Musterklagevereinbarung abgeschlossen. Damit wird juristisch geklärt, ob die Verweigerung einer Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten rechtmäßig ist. Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat eine inhaltsgleiche Erklärung abgegeben.

Daraus folgt: **Aufgrund beamtenrechtlicher Bestimmungen müssen alle verbeamteten Kolleginnen und Kollegen, auch die pensionierten, bis zum Jahresende Widerspruch gegen ihre Besoldungsmitteilung einlegen!**

Alle verbeamteten GEW-Mitglieder erhalten per Post einen Musterwiderspruchstext, den sie nur noch unterschreiben und an den Dienstherren zurücksenden müssen.

Alle Nichtmitglieder sollten überprüfen, ob es nicht schlauer wäre, der GEW beizutreten.

Schon ´mal vormerken:

Do., 31. Oktober, 16.00 Uhr
Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus
Wege in die Pension
Referent: Thomas Koball, GEW Bremen
Anmeldung bis zum 22.10.13 an die Geschäftsstelle

Di., 12. November
Aktionstag / Teil-Personalversammlung

Mi., 20. November, 16 Uhr
Strandhalle, Raum Passat
Jubilarsehrung

Mi., 4. Dezember, 16.30 Uhr
Aula Lutherschule
Mitgliederversammlung mit Wahl des Stadtverbandesvorstandes